

Härle nahm dies als offene Frage auf und erinnerte an die grundsätzlich problematische gesellschaftliche Situation, daß die Begründungsfähigkeit des christlichen Menschenbildes selbst als begründungsbedürftig angesehen werde. Diesem Dilemma setzte er jedoch entgegen, daß diese Begründungsleistung von anderen erst einmal genausogut erbracht werden müsse. Der spezifische Beitrag des christlichen Menschenverständnisses zum öffentlichen Gespräch bestehe darin, die *Relationalität des Menschen*: seine Beziehung zu sich selbst, zu den anderen Menschen und den Mitgeschöpfen und schließlich zu Gott hervorzuheben. Weit mehr als die praktizierenden Christen begehrten für ihr neugeborenes Kind die Taufe, weil sie im Kind ein „unverfügbares Geheimnis des Lebens“ sehen, das ihnen als Gabe anvertraut ist. Es gebe demnach durchaus auch heute eine Sensibilität dafür, daß der Mensch nicht der Schöpfer seiner selbst sei.

Wie diese Einsichten *öffentlich wirksam* werden sollen, so bemerkte Eilert Herms an anderer Stelle, bleibe allerdings weiterhin ungeklärt; die plausible Darstellung alleine reiche jedenfalls nicht aus. Damit die Theologie aber zur Orientierung beitragen könne, darauf wurde am Ende des Kongresses selbstkritisch hingewiesen, komme es darauf an, daß es ihr gelingt, sich verständlicher zu machen. Das Gespräch mit der Öffentlichkeit erfordert jedoch eine andere Sprache als der Diskurs innerhalb der scientific community: Härle beklagte in diesem Zusammenhang die „Selbstghettoisierung“ der Theologen, die vielfach nur unter sich bleiben wollten. Die Wissenschaftliche Gesellschaft, so berichtete Herms nach Abschluß des Kongresses, hat diese Herausforderung in jedem Fall angenommen: Sie will die interdisziplinäre Arbeit beim nächsten Kongreß in drei Jahren in Zürich fortsetzen.

Stefan Orth

Ziviler Umgang mit Konflikten

Zur Debatte um den Aufbau von Friedensfachdiensten in Deutschland

Als sich mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ganz neue friedens- und entwicklungspolitische Möglichkeiten zu ergeben schienen, begann auch eine forcierte Debatte um den Aufbau Ziviler Friedensdienste. Bis jedoch konkrete Projekte vor allem in Bosnien realisiert werden konnten, mußten erst sehr verschiedene Vorstellungen und friedenspolitische Traditionen zueinanderfinden. Diesen mühsamen Diskussionsprozeß beschreibt Jörg Lüer, Referent bei der Deutschen Kommission Justitia et Pax.

Zehn Jahre sind seit der europäischen Wende vergangen, die gerade mit Blick auf die Möglichkeiten einer internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik von großen Erwartungen begleitet war. Bis zur epochalen Zäsur von 1989/90 war in den westlichen, zumal den westeuropäischen Gesellschaften die Friedens- und Sicherheitspolitik durch den in einer bis dato unbekanntem Weise militarisierten Ost-West-Konflikt geprägt. Die gesellschaftspolitischen Dimensionen der Ost-West-Konfliktkonstellation traten angesichts der dominanten nuklearen Bedrohungslogik in den Hintergrund. Die Politik war entscheidend von Stabilitäts- und Gleichgewichtsgedanken bestimmt. Solange die Aufmerksamkeit der zivilgesellschaftlichen Gruppen vor allem darauf gerichtet war und sinnvollerweise wohl auch gerichtet sein mußte, die Regierungen von immer weiteren Rüstungsschritten abzuhalten, spielten Fragen nach den politischen Konstitutionsprinzipien moderner Gemeinwesen eine untergeordnete Rolle. Die entscheidenden Akteure in dieser Konstellation waren die Staaten. Zu ersten Aufweichungen dieser politischen Struktur kam es,

als ermutigt durch den Helsinki-Prozeß Dissidenten in Polen, der ČSSR und in Ungarn die Grundlagen ihrer Gesellschaften und in Folge auch die klassische Ost-West-Logik in Frage zu stellen begannen. Dies trug nicht unwesentlich dazu bei, daß seit den achtziger Jahren auch im Westen zumal unter friedenspolitisch Interessierten das Interesse wuchs, sich mit dem politischen Projekt „Zivile Gesellschaft“ auseinanderzusetzen. Weitere Impulse erhielten diese Überlegungen aus der mittlerweile relativ breit entwickelten Nord-Süd-Arbeit, die konkrete Erfahrungen mit ziviler Friedensarbeit aufzuweisen hatte.

Die Diskussion um zivile Friedensdienste hatte symbolische Funktion

Doch mit dem Zurückweichen des Ost-West-Antagonismus ging zugleich ein Aufleben bzw. Wiederaufleben anderer Bedrohungen wie ethnopolitischer und nationalistischer Konflikte einher. Das auf Abschreckung gründende politische Sy-

stemgefüge hatte, so wurde vielen nun deutlich, auch bestimmte machtpolitische Aspirationen gezähmt. Die Überwindung der alten Systemzusammenhänge, die eine wichtige stabilisierende Funktion besaßen, ging nicht einher mit der Errichtung eines weltpolitischen Ordnungsgefüges, das sowohl dem Gedanken des Rechts, speziell der Verwirklichung der Menschenrechte in den internationalen Beziehungen, sowie zugleich einer für Entwicklungsprozesse erforderlichen Stabilität Rechnung getragen hätte. Das internationale Geschehen wurde wieder zunehmend von klassischen Politikmustern geprägt, die sich als Politik der Großen Mächte bezeichnen läßt.

Auch die Bemühungen und Diskussionen um die Einrichtung eines Zivilen Friedensdienstes respektive von Friedensfachdiensten waren von diesen Rahmenbedingungen geprägt. Dabei ist der partikulare Charakter dieser Diskussion in bezug auf die welt- und friedenspolitischen Veränderungen seit 1989 evident. Zugleich – und dies verkomplizierte so manchen Gesprächszusammenhang – kam der Diskussion um die Friedensfachdienste durchaus eine symbolische Funktion zu. Die friedenspolitische Diskussion seit 1989 stand vor der Notwendigkeit, die eigene Politik entlang anderer Paradigmen zu entwickeln. War der bewaffnete Soldat die Personifizierung der auf militärischer Abschreckung beruhenden Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeit des Ost-West-Konflikts, so stellte die zivile Friedensfachkraft gewissermaßen das symbolische Gegenbild dar. Die mehr oder minder bewußte Bereitschaft in solch symbolischer Weise zu denken beziehungsweise zu empfinden, wurde durch verschiedene Faktoren gestärkt.

Produkt sehr unterschiedlicher Denktraditionen

Die Friedensbewegung erlebte in den Jahren nach der Wende, als die eingespielten Muster der Auseinandersetzung immer weniger zur sinnvollen Beschreibung der Wirklichkeit taugten, eine produktive Krise. Auf die neuen Situationen war man, ähnlich wie in der Politik, überhaupt nicht vorbereitet und es fehlten die Konzepte, mit denen sich eine qualitativ neue Friedenspolitik machen ließ. Blickt man auf das Verhalten und die Debatte der deutschen Friedensbewegung während des zweiten Golfkriegs 1992 zurück, die in der Auseinandersetzung zwischen Bellizisten und Pazifisten gipfelte, so wird deutlich, daß auf der einen Seite die analytische Beschreibung der neuen Gegebenheiten noch nicht hinreichend geleistet werden konnte; auf der anderen Seite standen auf der Ebene der Aktion vor allem die klassischen Formen des symbolischen Massenprotestes zur Verfügung.

Zugleich mußte man in den folgenden Jahren entgegen ursprünglicher Hoffnungen feststellen, daß militärische Interventionen als humanitäre Interventionen eine neue Rolle in

der internationalen Politik zu spielen begannen. Nicht wenige sahen darin den Rückfall in längst überwunden geglaubte Politikmuster.

Der zivile Friedensdienst beziehungsweise der Friedensfachdienst stellte demgegenüber die präferentielle Option für die zivile Konfliktbearbeitung in den Vordergrund. Dabei galt es über die Politik der Erklärungen hinaus, konkrete Instrumente zur Friedensförderung zu entwickeln. So klar vielen die Notwendigkeit war, neue Wege der Konfliktbearbeitung zu beschreiten, so unklar war zu Beginn, wie dieses aussehen könnte.

Zwischen den einzelnen Denktraditionen, aus denen sich die Überlegungen zum zivilen Friedensdienst speisten, bestanden deutliche Unterschiede: 1989 schlug die Europäische Ökumenische Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ in Basel die Bildung von ökumenischen Friedensdiensten vor. Dabei stand die Versammlung stark unter dem Eindruck der weiterhin gewaltlosen Umbrüche in Osteuropa.

Die evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg ergriff 1992 die politische Initiative in Deutschland und forderte einen zivilen Friedensdienst als „zweite sicherheitspolitische Option“. In diesem Zusammenhang wurden auch letztlich nicht durchsetzungsfähige Konzepte diskutiert, die in der Tradition der sozialen Verteidigung auf die Bildung von zivilen Eingreiftruppen zielten. Einige dieser Konzepte lesen sich im Rückblick als Beleg dafür, wie sehr manche einem noch dem Ost-West-Konflikt und auf staatliches Handeln fixierten Denken verhaftet blieben. Böse Zungen sprachen nicht ganz zu Unrecht von Ansätzen eines „Friedensimperialismus“ oder mit eher ironischem Unterton von der „Fortsetzung der Abschreckung mit anderen Mitteln“. Andere wiederum stellten angesichts einer völkermörderischen Politik wie beispielsweise in Jugoslawien den Realitätsgehalt solcher Vorstellungen generell in Frage.

Die Initiative der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg belebte die erforderliche Diskussion und führte letztlich dazu, daß die EKD Anfang 1994 eine Arbeitsgruppe einsetzte, die sich mit der „Zukunft christlicher Friedensdienste“ befassen sollte. Die Arbeitsgruppe erhielt den Auftrag, bis spätestens zur Synodentagung im Herbst 1996 einen konzeptionellen Gesamtrahmen zu erarbeiten, in dem die Erfahrungen bestehender christlicher Friedensdienste und die Herausforderungen aufgrund neuer Konfliktkonstellationen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts aufgenommen werden sollten.

Parallel zu diesen Bemühungen legte der Bund für Soziale Verteidigung im Frühjahr 1994 den Entwurf eines Konzeptes für einen zivilen Friedensdienst vor. Im November 1994 kam es zur Gründung des Forums Ziviler Friedensdienst (Forum ZFD). Anfänglich gedacht zur Verdichtung und Bündelung der Diskussion entwickelte sich aus dem Forum bald ein eigener Träger, in dem sich vor allem Gruppen und Institutionen zusammenschlossen, die aus der Tradition der Friedensbewegung kamen.

Auch auf der politischen Ebene wurde das Thema virulenter. Dies zeigen zum Beispiel der außenpolitische Leitantrag *Ziviles Friedenscorps* des SPD-Parteivorstands zum Bundesparteitag im November 1993 sowie die Anhörung des Auswärtigen Ausschusses zur Zivilen Konfliktbearbeitung im Mai 1994. Seit Mitte 1995 beteiligte sich eine Gruppe von Parlamentariern aller im Bundestag vertretenen Parteien (außer der PDS) daran, den zivilen Friedensdienst politisch durchzusetzen.

Bis Dezember 1995 entstand im Kontext einer durch den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien konkret zugespitzten Diskussion um zivile Formen der Konfliktbewältigung eine interfraktionelle Initiative „Projekt Startphase Ziviler Friedensdienst“. Ziel dieses Programms war der Aufbau einer zivilen deutschen Hilfsinitiative zur Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton. Es war evident geworden, daß die bisherigen Ansätze zur Befriedung des ehemaligen Jugoslawiens nur von sehr geringer Reichweite sein würden, wenn sie nicht in einen zivilgesellschaftlichen Aufbauprozeß mündeten.

Das Projekt sah den Einsatz von bis zu 200 ausgebildeten Fachkräften für den Aufbau zivilgesellschaftlicher demokratischer Strukturen, friedenspädagogischer Initiativen, Versöhnungsarbeit zwischen den verfeindeten Gruppen, Rückkehrerbegleitung etc. vor. Der projektierte finanzielle Rahmen lag bei 30 Millionen Mark. Das Grundkonzept für die Startphase wurde im Januar 1996 vorgelegt. Es folgte eine Phase intensiver Beratungen.

Ende April 1996 erklärte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das von seiten der CDU/CSU-Fraktion eingeschaltet worden und dem (entgegen ursprünglichen Planungen, das Projekt beim Auswärtigen Amt anzusiedeln) die Zuständigkeit übertragen worden war, daß aus den vorhandenen Mitteln des Ministeriums keine Gelder zur Verfügung stünden und daß zusätzliche Gelder vom Parlament nicht zu erwarten seien. Statt dessen wurden die klassischen Träger der Entwicklungshilfe aufgefordert, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten nach dem Entwicklungshelfergesetz friedensfördernde Maßnahmen durchzuführen.

Die Initiative war damit fürs erste gestoppt. Die Gründe für diese Entscheidung sind auf mehreren Ebenen zu suchen. Abgesehen von dem Unwillen des Ministeriums, in Sparzeiten einen neuen Haushaltstitel zu schaffen, lagen die Widerstände auch in *politischen Vorbehalten* gegen das Forum Ziviler Friedensdienst. Diese nie ganz offen gelegten Vorbehalte richteten sich vor allem gegen jene Träger des Forums, die sich in expliziter Abgrenzung zum Staat und zu militärischem Engagement verstanden. Zugleich konnte sich das BMZ auf die von Entwicklungsdiensten vorgebrachte Argumentation zurückziehen, die Idee des zivilen Friedensdienstes sei so neu nicht; vieles, was nun gefordert werde, werde schon lange Jahre von den Entwicklungsdiensten geleistet.

In der Tat drohte das Auftreten mancher Akteure, die allzu heftig einen gänzlich neuen Dienst forderten, die Erfahrungen, die man im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit mit Friedensförderung gemacht hatte, zu unterschätzen. Nichtsdestoweniger war die gegenteilige Behauptung, daß die eingeforderte Arbeit schon lange gemacht werde, und Entwicklungsdienst per se Friedensdienst sei, nur die halbe Wahrheit. Im Bereich der entwicklungspolitischen Ausbildung sowie der Projektpolitik wurden die Probleme der Konfliktfolgenabschätzung, des gewaltmindernden Verhaltens sowie der Mediation erst unter dem Druck der veränderten Weltlage in der gebotenen Schärfe wahrgenommen. Auch für die Träger der Entwicklungszusammenarbeit bestand also Modernisierungsbedarf.

Wie stehen zivile Friedensdienste und staatliche Gewalt zueinander?

Infolge der intensiven Diskussionen zwischen den verschiedenen Trägern kam es zu beträchtlichen inhaltlichen Annäherungen. Die kirchlichen Träger der Entwicklungszusammenarbeit betonten in diesen Zusammenhängen zu Recht die Notwendigkeit, den Friedensfachdienst in engem Zusammenhang mit Partnern vor Ort zu entwickeln. Die Rolle der personellen Hilfe sollte stets subsidiär verstanden werden. Dem „Empowerment“ der Partner kommt dementsprechend eine zentrale Funktion zu.

Zu den erforderlichen Auseinandersetzungen gehörte ebenfalls die Debatte um das Verhältnis von militärischer respektive staatlicher Gewalt und den zivilen Friedensdiensten. In dieser Debatte, die als eine Verlängerung der Debatte zwischen Bellizisten und Pazifisten gelesen werden kann, gerieten die Vertreter eines strikten pazifistischen Ansatzes, der sich jedweder Kooperation mit Militärs verweigerte, in die Defensive. Die Erfahrungen im ehemaligen Jugoslawien hatten einen Realitätsschock ausgelöst. Insbesondere die Träger der Entwicklungszusammenarbeit gingen von einer Komplementaritätsvorstellung aus, in denen die militärischen Komponenten die Rahmenbedingungen absichern, unter denen zivilgesellschaftliche Initiativen wirksam werden können. Die Bundeswehr reflektierte diesen Zusammenhang in ihren Konzepten zur zivil-militärischen Kooperation. Wie brisant diese Fragestellung für einige Akteure war, zeigte sich nicht zuletzt auf der Bundesdelegiertenversammlung von Pax Christi 1996. Der Dissens zwischen den Vertretern einer Komplementaritätsvorstellung und Anhängern von radikal-pazifistischen Positionen konnte letztlich nur mit einem Formelkompromiß überbrückt werden.

Der Synodenbeschluß der EKD vom November 1996 brachte weitere wichtige Klärungen. Zum einen betonte er die Notwendigkeit des entschiedenen Aus- und Aufbaus friedensfachlicher Kompetenzen, zum anderen ordnete er mit der

begrifflichen Unterscheidung zwischen den sozialen Lern-diensten, den regionalen Friedensdiensten sowie den Friedensfachdiensten, die sich „um die fachlich qualifizierte Mitwirkung in einem Prozeß ziviler Konfliktbearbeitung in Zusammenhang mit einem bestimmten Konflikt“ bemühen sollten, ein wenig das Feld.

Ein Kernproblem in der Debatte um die Friedensfachdienste war, daß sehr Unterschiedliches von der Teilnahme an OSZE-Missionen bishin zur Sozialarbeit in Flüchtlingslagern unter diesem Rubrum zusammengefaßt wurde. Letztlich spiegelte sich in den Begriffsunschärfen die Notwendigkeit, das Paradigma ziviler Konfliktbearbeitung auf den verschiedenen politischen Ebenen durchzubuchstabieren. Dabei geht es zum einen um die Entwicklung eines kohärenten Gesamtkonzeptes, zum anderen um die Berücksichtigung der Spezifika der jeweiligen politischen Ebene. Nicht für jedes Konzept ist der Begriff ziviler Friedensdienst sinnvoll zu verwenden. Im Bereich der katholischen Kirche bemühte sich die Deutsche Kommission Justitia et Pax um die erforderliche Verständigung zwischen den verschiedenen Trägern. Mit der Gründung der Plattform „Zivile Konfliktbearbeitung“ im November 1998, in der sich Träger aus Kontexten der Friedens-, Menschenrechts-, und Friedensarbeit und -forschung zusammenschlossen, wurde ein weiterer Beitrag zur Klärung der Gemengelage im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung geleistet.

Erste Erfahrungen in Bosnien-Herzegowina

Nachdem so manche ideologische Nebelschwade verzogen war, traten zunehmend die Gemeinsamkeiten in den Konzepten in den Vordergrund. Der zivile Friedensdienst wurde mehrheitlich als Begriff für einen qualifizierten Einsatz im Ausland im Kontext der Konfliktbearbeitung verwandt. Im Dezember 1996 unternahmen SPD und Bündnis90/Die Grünen einen erneuten Anlauf zur Schaffung eines interfraktionellen Antrags, der erfolglos verlief. Nach dem Scheitern der interfraktionellen Initiative Ende April 1996 entwarf das Forum Ziviler Friedensdienst in Zusammenarbeit mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen ein Modellprojekt zur Ausbildung von 20 Friedensfacharbeitern. Zugleich wurde im Zuge dieses Modellprojekts ein Konsortium Ziviler Friedensdienst gegründet, dem neben dem ZFD Träger der klassischen personellen Entwicklungszusammenarbeit angehörten. Die Gründung des Konsortiums war Ausdruck eines bei allen fortbestehenden inhaltlichen Unterschieden gewachsenen Grundkonsenses bezüglich der Notwendigkeit der Herausbildung eines spezifischen zivilgesellschaftlichen Instrumentes Friedensfachdienst.

Nach verschiedenen Problemen bei der Auswahl geeigneten Personals konnte schließlich ein Kurs von 15 Personen zusammengestellt werden. Diese wurden nach einer viermonatigen Vorbereitungsphase, die im September 1997 abge-

schlossen war, in verschiedenen Projekten vornehmlich in Bosnien-Herzegowina für ein bis zwei Jahre eingesetzt. Katholischerseits waren die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH), die die Sprachausbildung für den Kurs durchführte, und die Deutsche Sektion Pax Christi, die drei Fachkräfte nach Bosnien entsandte, beteiligt.

Die Erfahrungen mit dem Modellprojekt waren ermutigend und gaben einen wichtigen Impuls zur weiteren Entwicklung des Instruments ziviler Friedensdienst. Das Projekt wurde fortgesetzt, weitere Qualifizierungskurse durchgeführt. Allerdings hatte die Landesregierung NRW von Anbeginn deutlich gemacht, daß sie nicht beabsichtige, dieses Projekt in die Dauerförderung zu übernehmen. Das Ziel bestand darin, den zivilen Friedensdienst auf Bundesebene anzusiedeln.

Mit dem Regierungswechsel von 1998 ergab sich eine für dieses Ziel günstige neue politische Lage. In der Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und Bündnis90/Die Grünen formulierte die Regierung folgenden Anspruch bezüglich ihrer Friedenspolitik: „Im Rahmen der Friedenskonsolidierung soll zur Schaffung einer stabilen Ordnung das Instrument nicht militärische internationale Polizeieinsätze entwickelt und genutzt werden.“ Eine besondere Bedeutung komme dabei der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen zu. Man wolle sich für den Aufbau einer Infrastruktur zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung einsetzen. „Hierzu gehört neben der finanziellen Förderung der Friedens- und Konfliktforschung und der Vernetzung bestehender Initiativen, die Verbesserung der juristischen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften und -diensten (z. B. ziviler Friedensdienst). Die neue Bundesregierung wird für die Aufgaben im Bereich von Peacekeeping und Peacebuilding Ausbildungsmöglichkeiten schaffen.“

Damit erklärte sich die Koalition bereit, die Entwicklung eines verstärkt auf zivile Konfliktbearbeitung ausgerichteten Politikkonzepts voranzutreiben. Konkret befaßten sich von nun an sowohl das Auswärtige Amt als auch das BMZ verstärkt mit Problemen der zivilen Konfliktbearbeitung, insbesondere mit der Frage, wie entsprechend qualifiziertes Personal zu gewinnen beziehungsweise auszubilden sei. Diese doppelte Befassung führte zwischenzeitlich zu einigen Irritationen, zumal in beiden Kontexten der Begriff ziviler Friedensdienst verwandt wird. Gleichwohl war die konkrete Aufgabenstellung deutlich unterschieden.

Das Auswärtige Amt führt mittlerweile zweiwöchige Kurse durch, in denen Zusatzqualifikationen zur Vorbereitung auf eine mögliche Teilnahme an OSZE oder UN-Missionen erworben werden können. Damit reagiert das Auswärtige Amt auf konkrete Desiderate, die eine verstärkte Anwendung des Missionsinstrumentes schnell an seine Grenze bringen könnten.

Etwas konfliktreicher gestaltete sich der Weg zum Konzept des BMZ „Ziviler Friedensdienst – Ein neues Element der

Entwicklungszusammenarbeit“. Bundesministerin *Heidemarie Wieczorek-Zeul* hatte bald nach der Regierungsübernahme die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von fünf Millionen Mark zum Zwecke der zivilen Konfliktbearbeitung angekündigt. Zugleich erklärte sie, daß diese Mittel in den nächsten Jahren wachsen sollten. Damit stellte sich erst recht die Frage nach der konkreten Umsetzung des zivilen Friedensdienstes.

Dabei kamen neben den in solchen Fällen üblichen institutionellen und persönlichen Auseinandersetzungen vor allem bisher nicht hinlänglich geklärte konzeptionelle Unterschiede zum Ausdruck. So wurden im Umfeld des Ministeriums Überlegungen angestellt, die den zivilen Friedensdienst in Konzeption und Abwicklung in erster Linie in die Hände des staatlichen Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) legen wollten.

Ein solches Verständnis von zivilem Friedensdienst, das unter zivil im wesentlichen die Abgrenzung zum Militärischen sieht und in dem die vertrauten Töne eines Friedenscorps wieder anklingen, traf sowohl beim Forum ZFD als auch bei den Trägern der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit auf Widerspruch. Ein wesentlicher Vorteil, der durch zivilgesellschaftliche Träger erzielt werden könne, erwachse oftmals

gerade aus ihrer Nichtstaatlichkeit und der entsprechenden Unabhängigkeit von staatlicher Politik sowohl im eigenen als auch im Einsatzland. Insbesondere mit Blick auf Prozesse der Konfliktnachsorge, in denen Vertrauen ein entscheidender Faktor ist, sei es oftmals erforderlich, daß die Dienste nicht als Agenten der jeweils Regierenden gesehen würden, führten die Träger gegen die genannten Überlegungen ins Feld. Anzustreben sei eine sinnvoll aufeinander bezogene, die unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten in Rechnung stellende Kooperation zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Trägern. Darüber hinaus kamen in dieser Auseinandersetzung unterschiedliche Auffassungen zum Austrag, was sinnvollerweise unter *Subsidiarität* in diesem Feld zu verstehen sei.

Das mittlerweile vorliegende Konzept des BMZ trägt den Überlegungen der nichtstaatlichen Träger in weiten Teilen Rechnung. Die organisatorische und verwaltungsmäßige Abwicklung des ZFD erfolgt über den DED. Die Aufgaben im Rahmen des ZFD sollen in expliziter Zusammenarbeit mit den anerkannten Entwicklungsdiensten, dem Forum und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. wahrgenommen werden. Das Gesamtprogramm wird im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt auf der Grundlage regel-

Religion in Geschichte und Gegenwart

Der zweite Band erscheint im November

»Die neue RGG bietet fundierte Artikel und Überblicke nicht nur auf dem Gebiete der Religionen der Kirchen, sondern darüber hinaus wertvolle Zusammenfassungen zu den angrenzenden Wissenschaften wie Geschichte, Völkerkunde, Kunst, Geographie, Philosophie und andere.«

Richard Nöthiger

in Reformierte Presse vom 5. 3. 1999, S. 11

4., völlig neu bearbeitete Auflage

Band 2: C–E 1999.

Ca. 1000 Seiten

Lexikonformat 19 × 26,5 cm

Leinen, ISBN 3-16-146902-X

Subskriptionspreis

DM 398,- / öS 2905,- / sFR 339,-

Bereits erschienen:

Band 1: 1998.

LIV, 969 Seiten

Lexikonformat 19 × 26,5 cm

Leinen, ISBN 3-16-146941-0

Subskriptionspreis

DM 398,- / öS 2905,- / sFR 339,-

Verlag Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen

Fax 0 70 71 / 5 11 04

e-mail info@mohr.de

Informationen im Internet unter

<http://www.mohr.de/rgg4.html>

RGG⁴

Religion
in
Geschichte
und
Gegenwart

vierte
Auflage

A-B 1

RGG⁴

Religion
in
Geschichte
und
Gegenwart

vierte
Auflage

C-E 2

RGG⁴

Religion
in
Geschichte
und
Gegenwart

vierte
Auflage

F-H 3

RGG⁴

Religion
in
Geschichte
und
Gegenwart

vierte
Auflage

I-K 4

RGG⁴

Religion
in
Geschichte
und
Gegenwart

vierte
Auflage

L-N 5

RGG⁴

Religion
in
Geschichte
und
Gegenwart

vierte
Auflage

O-Q 6

RGG⁴

Religion
in
Geschichte
und
Gegenwart

vierte
Auflage

R-S 7

RGG⁴

Religion
in
Geschichte
und
Gegenwart

vierte
Auflage

T-Z 8

RGG⁴

Religion
in
Geschichte
und
Gegenwart

vierte
Auflage

Register

mäßiger Abstimmung mit den beteiligten Trägern durch das BMZ verantwortet.

Das Aufgabenspektrum soll entlang folgender Problemstellungen entwickelt werden:

- Stärkung von Friedenspotentialen, vertrauensstiftende Maßnahmen zwischen Angehörigen von Konfliktparteien; Aufbau von Informations- und Bildungsstrukturen und -programmen zur Bekanntmachung und Erklärung von Friedensaktivitäten und zum Abbau von Vorurteilen,
- Vermittlung bei Konflikten zwischen Angehörigen von Interessensgruppen, Ethnien, Religionen, Mitwirkung bei der Beobachtung und Förderung der Menschenrechts- und Demokratiesituation;
- Beiträge zur Versöhnung und zum Wiederaufbau (einschließlich der Unterstützung von Verwaltungsaufgaben auf kommunaler Ebene).

Der Unterschied zu den bisherigen Maßnahmen der personellen Entwicklungszusammenarbeit liegt darin, daß es dem ZFD um gezielte Maßnahmen zur Förderung des gewaltfreien Umgangs mit Konflikten und Konfliktpotentialen geht. Mittel- bis langfristig soll über den ZFD ein Personalpool von Fachkräften entstehen, auf den die Bundesregierung dann auch für Missionen der OSZE oder UN zurückgreifen kann.

Es ist ganz offensichtlich gelungen, verschiedene Gruppen und Institutionen zu einer konstruktiven Kooperation zu be-

wegen. An der Art, wie in den nächsten Jahren Nichtregierungsorganisationen und Staat miteinander umgehen, wird sich erweisen, inwieweit das Bewußtsein für die Notwendigkeit verstärkten zivilgesellschaftlichen Einsatzes in der Konfliktbearbeitung gewachsen ist.

So erfreulich die Entwicklung hin zum ZFD ist, so deutlich ist aber auch vor einer Überschätzung und damit auch Überforderung dieses Instruments zu warnen. Seine nachhaltige Wirksamkeit entfaltet es letztlich nur, wenn es in einen auf Kohärenz zielenden politischen Gesamtzusammenhang integriert ist, in dem die Reform der Vereinten Nationen, die Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik ebenso zu diskutieren sind, wie Fragen der Rüstungskontrolle oder der konfliktpräventiven Diplomatie.

Der ZFD soll nach drei Jahren einer Evaluierung unterzogen werden. Es steht zu erwarten, daß im Kontext des ZFD wichtige neue Erfahrungen bezüglich ziviler Konfliktbearbeitung gewonnen werden können. Diese Erfahrungen auszuwerten und somit die Konzeptdebatte voranzutreiben, ist sicherlich eine der Aufgaben, denen sich die Träger der Friedensfachdienste stellen sollten. So viel ist gewiß: die Diskussionen um die zivile Konfliktbearbeitung im Allgemeinen und um die Friedensfachdienste im Besonderen haben Wichtiges beigetragen zur politischen Bewältigung des Epochenenschnitts von 1989. Auch in Zukunft darf von dieser Diskussion noch einiges erwartet werden.

Jörg Lürer

Drohender Identitätsverlust

Zur alternativen Nutzung von Kirchengebäuden

Drastisch zurückgehende Finanzmittel, aber auch der Rückgang der Gottesdienstbesucher legen den Kirchen nahe, ihren Bestand an Gotteshäusern unter Rentabilitäts Gesichtspunkten zu überprüfen. Matthias Ludwig, evangelischer Theologe, Kunstgeschichtler und langjähriger Mitarbeiter am EKD-Institut für Kirchenbau und kirchliche Kunst der Gegenwart in Marburg, belegt die Notwendigkeit, über alternative Nutzungen von Kirchen nachzudenken, und bewertet vollzogene Umbauten.

Katholische Diözesen wie evangelische Landeskirchen verfügen in den alten Bundesländern über ein stattliches Bauvolumen, überkommen aus Zeiten, da sie noch ganz auf Wachstum ausgerichtet waren. Doch diese sind längst vorbei – und gerade die vom Mitgliederschwund am ärgsten gebeutelten Gemeinden innerhalb sowie am Rande der Innenstädte verfügen heute über den vergleichsweise größten Baubestand: Während Geschäfte, Gaststätten und Verwal-

tungsstellen auf die Übersiedlung vieler Bewohner ins stadtnahe Umland und damit einhergehenden, teils drastischen Bevölkerungsrückgang mit Schließung reagierten, hielten die Kirchen an ihren in den fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahren enorm erweiterten Kapazitäten fest.

Zu Zeiten voller Kassen machte sich dies kaum negativ bemerkbar. Vielmehr nutzten die Gemeinden das große